

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Groß-Berlin 20 Pf.

Auswärts 30 Pf.

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags u. Montags nur einmal. Jeden Sonntag die illustr. Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Gross-Berlin u. Umgegend monatl. 10 Mark, durch eigene Boten tägl. frei ins Haus durch die Post 9 Mark (ohne Bestellg.).

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Die Sicherung Schlesiens.

Im Anschluß an die Aeußerung des dänischen Ministerpräsidenten über die Internationalisierung der zweiten Zone in Schleswig erklärte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. K. S. P. zu einem Mitarbeiter des W. L. B.:

Die Internationalisierung ist mit dem Friedensvertrage nicht vereinbar. Der Friedensvertrag ist dazu da, eine Grenzlinie zwischen Deutschland und Dänemark zu ziehen. Der Wunsch der Bevölkerung, bei Deutschland zu bleiben oder an Dänemark zu gehen, soll nach dem Paragraphen 109 des Friedensvertrages über die Grenzziehung maßgebend sein.

In Dänemark sollte man sich bei dem infolge der Abstimmungsbedingungen ohnehin für die Dänen sehr günstigen Ergebnis der Abstimmungen beruhigen und nicht den Versuch machen, den Willen der Bevölkerung, wie er in der Abstimmung zutage getreten ist, nachträglich umzubedenken. Das dänische Volk sollte einsehen, daß es für die Zukunft auch in seinem Interesse liegt, in diesem kritischen Moment kein Unrecht gegenüber Deutschland zu begehen.

Kopenhagen, 21. Mai.

Im Reichstag erklärte heute der Kriegsminister im ehemaligen Ministerium Sahl, M. u. n., daß er mit Freunden der Veröffentlichung der altenmännigen Darstellung der norddeutschen Politik der Regierung Sahl entgegensehe, die Ministerpräsident Steengard angekündigt habe. Es sei ihm unverständlich, daß Steengard behaupten könnte, daß die Internationalisierung durch den Friedensvertrag begründet werden könne.

Die Umsturzpläne in Schlesien.

Ueber die in unserem gestrigen Abendblatt gemeldeten angeblichen Truppenzusammenziehungen um Breslau hat, wie W. L. B. erfährt, bereits eine Besprechung mit dem Regierungskommissar stattgefunden, an der die Vorsitzenden der Koalitionsparteien und andere maßgebende Mitglieder dieser Parteien teilgenommen haben und zu der auch der kommandierende General des 6. A.-K. v. Horn, der Chef des Generalstabes Oberstleutnant Fehrenbach und der erste Generalstabsoffizier hinzugezogen waren. Die Behauptung, daß Breslau zum Zwecke eines neuen militärischen Putches von Truppen umgeben würde, wurde vom Generalkommando auf das energischste in Abrede gestellt.

Eine von einem Generalstabsoffizier begleitete, aus Vertretern der drei Koalitionsparteien und des republikanischen Führerbundes gebildete Kommission ist gestern in die Umgebung von Breslau abgereist, um diese Umformungen nachzuprüfen. Die Führung dieser Kommission liegt in der Hand des Zivils. Ebenso wurde die Gefahr eines linksradikalen Putches als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet.

Was die Beschuldigungen des schlesischen Landbundes betrifft, so hat an der Versammlung auch das Mitglied der demokratischen Partei, Dr. Soseff, teilgenommen, der sofort über die Vorgänge vernommen werden wird. Das gesamte Stenogramm über die Verhandlungen hat der Polizeipräsident beschlagnahmt und die energische Untersuchung der ganzen Angelegenheit sofort in die Hand genommen. Ein Grund zu irgend welcher Beunruhigung der schlesischen Bevölkerung liegt, soweit läßt sich jetzt schon mit ziemlicher Sicherheit sagen, nicht vor.

Die Untersuchung gegen den „Frontbund“.

Das Reichswehrministerium hat eine Untersuchung der Bestrebungen eingeleitet, die, wie berichtet, in einer Organisation „Der Frontbund“ die Auflösung der Freikorps verhindern wollen. Das Ministerium weist darauf hin, daß keines-

wegs die Absicht besteht, die Angehörigen der Freikorps in das neue Heer schlechter zu behandeln, als die der Reichswehr, vorausgesetzt, daß sie sich der in jeder ordentlichen Truppe erforderlichen Disziplin unterzuordnen gewillt sind. Andererseits sei jede Bevorzugung ausgeschlossen, die nur auf Kosten anderer Truppenteile geschehen könnte.

Beratungen der Botschafterkonferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 21. Mai.

Die Botschafterkonferenz hat heute eine Sitzung abgehalten, der auch Marschall Foch beiwohnte. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Frage der Volksabstimmung in Maxienwerder und Allenstein. Sie hat im Zusammenhang damit die Frage der Vermehrung der Polizeikräfte in diesen Gebieten geprüft und die Antwort entworfen, die den Deutschen und Polen in dieser Angelegenheit erteilt werden soll.

Die Konferenz hat ferner das provisorische Übereinkommen, das zwischen Deutschland und Polen am 28. April über die Eisenbahnen und Sölle getroffen wurde, genehmigt. Dieses Übereinkommen wird aber später durch einen endgültigen Vergleich ersetzt werden. Die Konferenz hat dann die Frage der Schulden der unter der Gerichtsbarkeit des Danziger und Memeler Gebiets stehenden Personen der Wirtschaftskommission zur Erledigung überwiesen.

Paris, 21. Mai. (W. L. B.)

Savas meldet aus Peking: Die Regierung hat sich entschlossen, mit Japan nicht in direkte Verhandlungen über die Regelung der Schantungfrage zu treten.

Das neue Kabinett Nitki.

Drahtmeldungen.

Südrich, 21. Mai. (W. L.)

Nitki hat am Freitagabend dem König offiziell die endgültige Liste seines neuen Kabinetts überbracht, die in der Nacht veröffentlicht werden wird.

Rom, 21. Mai. (Ag. Stefani.)

Die radikalen, konstitutionell-demokratischen und reformistischen Gruppen haben beschlossen, das neue Kabinett Nitki zu unterstützen; dagegen werden, wie „Messaggero“ schreibt, die offiziellen Sozialisten in die Opposition gehen. Das Kabinett Nitki wird also eine große Mehrheit besitzen.

Einschränkung des Ausnahmezustands

In Berlin und Brandenburg aufgehoben.

Amlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hat, wie Minister Koch ankündigte, die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmevorschriften für folgende Bezirke aufgehoben: Berlin, Brandenburg, Pommern, die Reste der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, sowie für die Rheinprovinz außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf; ferner für Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Waldeck, Rippel-Detmold, Schaumburg-Lippe und die Hansestädte.

Im Freistaat Sachsen, in Württemberg, Baden und in Thüringen mit Ausnahme von Gotha, bestehen Ausnahmevorschriften nicht. Ueber Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen wird noch ein näherer Bericht vor der Entscheidung abgewartet. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Der Untersuchungsausschuß im Wehrministerium hat weitere 50 Fälle erlabigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Auf Dienstenthebung und Ueberweisung der Alken an den Oberreichsanwalt ist erkannt in den Fällen des Obersten Giettrich (Halle), Oberstleutnant Rothnagel, Oberstleutnant Guhr, Major v. Falkenhäuser, Major Bomke, Hauptm. Hallmeister, Hauptm. Waas, Leutn. Schmidt, Leutn. Scheele, Leutn. Reiterheim, Bize-Admiral v. Krotha, Kapit. z. S. Woffhlo, Kapit. z. S. Foertich, Konter-Admiral v. Levechow, Oberleutn. z. S. Paul. In weiteren 25 Fällen ist unter Ueberweisung der Alken an den Oberreichsanwalt die Beurlaubung ausgesprochen. Verfeßt wurden 6 Offiziere. In 13 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Im ganzen sind 88 Fälle erlabigt.

Durch das Abstimmungsgebiet

Von

Ludwig Sochaczewer,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

I.

In den heißen östlichen Frühling führen vor Wochenfrist zwölf deutsche Journalisten, Vertreter der großen Presse im Reich, ohne Unterschied der Partei, um dem ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiet einen Besuch abzustatten. Ihrer Sendung Ziel war ein dreifaches. Sie sollten an Ort und Stelle die politische und wirtschaftliche Lage und die Stimmung der Bevölkerung erkunden; sie wollten aus eigenem Augenschein den Volksgenossen im Reich und vor allem den rund 200 000 ost- und westpreußischen Abstimmungsberechtigten von den Sorgen und Hoffnungen dort oben berichten; sie sollten aber vor allen Dingen den Ost- und Westpreußen selber zeigen, daß das alte böse Wort, das Land östlich der Weichsel und Rogat sei vom übrigen Reich „verraten und verkauft“, ein falsches Wort ist, daß im Gegenteil das Reich mit allen Fasern sich mit Ostpreußen vereinigt und verbunden fühlt und mit starker Teilnahme seinen Kampf für das Deutschtum verfolgt...

Der erste und schlimmste Schicksalsschlag, der Ost- und Westpreußen getroffen hat, ist der „polnische Korridor“. Die Entente hat ihn erfunden, um dem neuen Polen einen eigenen „Zugang zum Meer“ zu sichern. Sie hat es vielleicht wirklich nicht beabsichtigt, aber — bis zur Stunde wenigstens — auch nicht verhindern können oder wollen, daß dieser Korridor das deutsche Ostpreußenland von dem politischen und wirtschaftlichen Mutterlande fast restlos abtrennt und ihm damit den Lebensnerv unterbindet. Wir haben die stundenlangen Aufenthalte, Passprüfungen und Durchsuchungen in Wejherowo — so heißt nämlich jetzt Neustadt in Westpreußen — und in Tszew (der neue Name für Dirschau) mit erlebt und haben dort gesehen, wie in den wenigen Monaten buchstäblich alles polonisiert worden ist: die Soldaten und die Beamten und die amtlichen, ehemals schwarz auf weiß, nun rot auf weißem Inschriften, sogar für „Ausgang“ oder „Trinkwasser“. Der Verkehr aber zwischen dem Reich und Ostpreußen wird geradezu raffiniert schändlich erschwert und verzögert. Wir haben in Königsberg gehört, wie dadurch das ganze Wirtschaftsleben der großen alten Handelsstadt in seinen Wurzeln bedroht wird, und auch sonst braucht man in beiden Provinzen nur das Wort „Korridor“ in den Mund zu nehmen, um allenthalben, bis in den äußersten Winkel und das kleinste Dorf, einen Sturm der Entrüstung ausbrechen zu sehen.

Nun ist freilich kein einziger Intemann in Ostpreußen und nicht der bescheidenste Knecht in Westpreußen unerfahren genug, um nicht den Zweck dieser Uebung klar zu erkennen. Der Korridor und die Art seiner Handhabung durch die Polen sollen bei dieser Abstimmung einen „sanften“ Druck ausüben. Nebenbei kann man diesen „Korridor“ jederzeit schließen — ein erster Versuch ist neulich glänzend gelungen —, und man wird von diesem bequemen Mittel vermutlich auch unter irgendwelchem Vorwand kurz vor oder während der Abstimmung Gebrauch machen, um damit den Abstimmungsberechtigten aus Deutschland die Reise zu erschweren. Vorsichtigerweise rechnet man in den Kreisen der deutschen Organisationen schon jetzt auch mit dieser Möglichkeit; man wird die Landsleute auf dem Seewege heranziehen und durch einen Aufruf an die deutschen Handelsreederei den noch vorhandenen Schiffsraum möglichst vollständig für diesen Zweck frei zu bekommen suchen.

Das große Erlebnis für viele von uns (wenngleich keine Ueberraschung für jeden, der, wie der Verfasser, Ostpreußen seit Jahren und Jahrzehnten kannte) war das rein deutsche Antlitz, das reindeutsche Denken und Verhalten des gesamten Abstimmungsgebietes, in Ost- wie in Westpreußen. In beiden Provinzen empfindet man es geradezu als eine Schmach, überhaupt vor den Zwang einer Abstimmung über die politische Zugehörigkeit gestellt worden zu sein. Um so einmütiger ist der Entschluß, gleichviel zu welchem Zeitpunkt die Abstimmung anderaumt werden sollte, vom ersten bis zum letzten Mann und von der ersten bis zur letzten Frau das Bekenntnis zum Deutschtum abzulegen. Wir sind durch zahlreiche Städte und Dörfer gefahren. Wir haben die im Ermländer- und Masuren-Bund zusammengeschlossenen Heimatvereine in Ostpreußen kennen gelernt, die weniger Werbearbeit treiben, als die vorhandenen Stimmungen auffammeln und weniger schlummernde Kräfte aufrufen, als mahnend beruhigen müssen. Wir haben die von allen Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, ins Leben gerufenen und geführten deutschen „Arbeitsgemeinschaften“ in Westpreußen an ihrer Arbeit gesehen. Wir waren in Lyck und hörten den Rittschow von zweltausend Männern und Frauen, die auf die Aufzählung ihres Pfarrers in das stürmisch jubelnde Gelächern einmündeten, nicht im Leben und im Sterben vom deutschen Vaterlande lassen zu wollen. Wir erlebten in der äußersten Südoßede desselben Kreises, hart an der Grenze,